

MUSTERANTRAG zur Unterbringung von Flüchtlingen

(Stand 06/23)

Sehr geehrte/r Frau/Herr Vorsitzende/r,

Die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ist Aufgabe unserer Kommune. Es ist sowohl für die ankommenden Menschen als auch für die Stadtgesellschaft von großer Bedeutung, dass die Aufnahme menschenwürdig, konfliktarm und integrationsfördernd erfolgt. Beides wurde in der Vergangenheit nicht immer erreicht. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, folgenden Beschlussvorschlag im Integrationsrat zu behandeln.

Beschlussvorschlag:

1. Der Integrationsrat der **Stadt XX** unterstützt das Positionspapier des Landesintegrationsrates NRW und des Flüchtlingsrates NRW „Kommunale Flüchtlingsunterbringung neu denken!“
2. Er fordert den Rat der **Stadt XX** auf, im Sinne des Forderungspapiers die Erarbeitung eines verbindlichen Konzeptes zur Unterbringung von Flüchtlingen in XX (Name der Stadt) zu entwickeln.
 - a. Die dezentrale Unterbringung in Privatwohnungen soll oberste Priorität erhalten.
 - b. Sollte eine Unterbringung in Privatwohnungen vorübergehend nicht möglich sein, sollen die im Forderungspapier aufgelisteten Standards berücksichtigt werden.
 - c. Folgende Akteur/innen sollen in den Prozess der Konzeptentwicklung einbezogen werden: _____
3. Die Verwaltung wird gebeten, halbjährlich über den Stand der Entwicklung bzw. der Umsetzung des Konzeptes zu berichten.

Begründung:

Die hohen Zahlen eingewanderter Flüchtlinge in den Jahren 2015/16 und erneut seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine 2022 haben Land und Kommunen vor große Aufgaben gestellt. Nun kann auf die Erfahrungen zurückgegriffen werden, die erst einige Jahre zuvor mit der Aufnahme von Flüchtlingen insbesondere aus Syrien gemacht wurden. Vor dem Hintergrund zahlreicher krisengeschüttelter Regionen weltweit, der dramatischen Klimaveränderungen und wachsender Rohstoffknappheit sind weitere Phasen mit hohen Flüchtlingszahlen zu

erwarten. Es gilt nun, das Aufnahmesystem in unserer Stadt zu evaluieren und für die Zukunft verlässlich und zugleich flexibel zu gestalten.

Im Zentrum des Konzeptes sollten die Bedürfnisse der geflüchteten Menschen stehen, die oftmals existentiellen Bedrohungen ausgesetzt waren, Angehörige verloren haben oder zurücklassen mussten und in einem fremden Land ankommen müssen. Die dezentrale Unterbringung in Privatwohnungen hat sich unter Aspekten der Menschenwürde, der Integrationsfreundlichkeit und der Finanzierbarkeit als am zuträglichsten herausgestellt. Sollte dieses vorübergehend z.B. in Zeiten besonders hoher Einwanderungszahlen nicht flächendeckend möglich sein, sollten abgetrennte Wohneinheiten in Sammelunterkünften zur Verfügung gestellt werden. In Abwesenheit von Landesvorgaben sind die Kommunen aufgerufen, Kriterien für die Wahrung von Standards in Sammelunterkünften aufzustellen; dies gilt insbesondere im Bereich der Persönlichkeitsrechte der Bewohner/innen. Das Forderungspapier von Landesintegrationsrat NRW und Flüchtlingsrat NRW bietet hierfür einen guten Leitfaden. Die Transparenz und Verlässlichkeit des auszuarbeitenden Konzeptes wird für die Tragfähigkeit der Flüchtlingsaufnahme in der Stadt **XX** von großer Bedeutung sein.

Anlage: Forderungspapier